

Das Revier – eine Region im Wandel

Interviews mit Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet

Gestärkt durch die Kulturhauptstadt-Ehre trat das Ruhrgebiet zur Leistungsschau im Rahmen des Parlamentarischen Abends im Landtag an. Grund für die Vorstellung der Regionen ist das 60-jährige Landesjubiläum Nordrhein-Westfalens. Doch allein die Freude über den ersehnten Titel löst nicht die strukturpolitischen und demographischen Probleme im Revier. Jetzt geht es darum, aus der derzeitigen Siegesstimmung einen Schub für die gesamte Region abzuleiten. Wie der aussehen kann, darüber sprach „Landtag intern“ mit Manfred Kuhmichel (CDU), Markus Töns (SPD), Barbara Steffens (GRÜNE) und Ralf Witzel (FDP).

Am vierten Regionalabend hat sich das Ruhrgebiet im Landtag vorgestellt: Lästige Lobbyarbeit oder nachhaltige Werbung fürs Revier?

Kuhmichel: Eindeutig das Letztere! Das war ein ganz toller Abend. Es waren sehr viele Gäste da, auch die Stimmung war gut. Man merkte, dass das Wir-Gefühl im Ruhrgebiet wächst und gedeiht. Die erfolgreiche Kulturhauptstadtbewerbung tut das ihrige dazu. Abgeordnete aller Fraktionen waren zahlreich vertreten und haben deutlich ge-



Manfred Kuhmichel (CDU)

macht, dass das Ruhrgebiet keiner Partei gehört, sondern den Menschen aus dem Revier. An dieser Stelle möchte ich übrigens auch der Landtagsverwaltung ein großes Lob aussprechen, ohne deren Engagement der Abend so nicht hätte ablaufen können.

Töns: Ich bin fest davon überzeugt, dass das nachhaltige Werbung fürs Revier war. Wir hatten das Glück, dass der Regionalabend zeitlich mit der Entscheidung über die Kulturhauptstadt 2010 zusammenfiel. Für Essen und das gesamte Ruhrgebiet ist das eine historisch

einmalige Entwicklung, die der gesamten Region einen Schub geben wird. Auf den Abend bezogen möchte ich sagen, dass wir eine tolle Veranstaltung hatten. Erfreulich fand ich, dass es gelungen ist, den Landtag an diesem Abend im wahrsten Sinne des Wortes als offenes Haus zu präsentieren und am Rheinufer eine für das Revier typische Atmosphäre mit Pils und Currywurst aufkommen zu lassen. Doch zudem haben wir auch gezeigt, was das Ruhrgebiet sonst noch zu bieten hat. So haben wir beispielsweise bewusst auf den Bergmannschor verzichtet und dafür einen Soulsänger aus Essen ins Programm aufgenommen.

Steffens: Der Abend war mehr als nur eine Werbeveranstaltung. Sicherlich, er diente einerseits dem Ruhrgebiet, um sich und seine Stärken nach außen hin zu präsentieren. Darüber hinaus diente er aber auch als Kommunikationsplattform für die Menschen aus dem Ruhrgebiet. Ich habe den Eindruck, dass Kommunikation und Austausch der Ruhrgebietsstädte untereinander nicht so funktioniert, wie es funktionieren müsste. Von daher kann so ein Abend für viele Seiten hilfreich sein. Insgesamt gesehen muss der Landtag jedoch Acht geben, mit solchen Veranstaltungen nicht inflationär umzugehen und in der Bevölkerung als „Partybude“ wahrgenommen zu werden.

Witzel: Ich habe den Regionalabend als gute Werbung für das gesamte Revier empfunden. Natürlich kann ein solcher Abend immer nur einzelne Ausschnitte einer Region herausstellen. In den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Sport hätten wir noch mehr zu bieten gehabt. Insgesamt ist es jedoch gut gelungen, eine ansprechende Mischung aus ersten Themen wie Wirtschaft, Kunst und Kultur auf der einen sowie Tradition und lockerem Ambiente auf der anderen Seite herzustellen.

Das Ruhrgebiet kann den Strukturwandel nicht aus eigener Kraft schaffen. Muss es bei der Bewilligung von Fördermitteln künftig die Konkurrenz anderer Regionen fürchten?

Kuhmichel: Das Ruhrgebiet ist in der Vergangenheit ein Stück weit politisch bevormundet worden. Gegenüber anderen Regionen haben wir einige strukturelle Schwächen, an denen wir arbeiten. Wir wollen die Bürokratie abbauen, wir wollen die Selbststeuerung fördern und die Region von Bevormundung befreien. Aber das gelingt nicht von heute auf morgen. Dabei muss sich das Ruhrgebiet nach Meinung der CDU-Fraktion ganz klar dem Wettbewerb stellen. Einfach nur auf Bewilligungsbescheide zu warten und darauf zu hoffen,



Markus Töns (SPD)

für politisches Wohlverhalten belohnt zu werden – das kann es nicht sein. Wir sind daher bereit uns daran messen zu lassen, inwieweit Steuergelder sinnvoll genutzt werden, um das Ruhrgebiet nach vorne zu bringen, statt zig Millionen Euro für unrentable Leuchtturmprojekte wie zum Beispiel HDO zu vernichten. Die Förderung des Mittelstandes hat oberste Priorität.

Töns: Damit muss das Ruhrgebiet rechnen, weil es ab 2007 eine Umstellung der Förderrichtlinien geben wird. Es entspricht dem Willen des Landtags, künftig alle Bereiche des Landes in diese Förderung mit einzubeziehen. Trotzdem werden wir darauf achten müssen, dass das Ruhrgebiet nicht benachteiligt wird, da der Förderbedarf weiterhin hoch sein wird. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass die Europäische Kommission bei der Mittelverteilung ein wichtiges Wort mitreden wird und nicht dem Wunsch einiger politischer Vertreter aus dem ländlichen Raum entsprechen wird, die För-

dermittel nach dem Gießkannenprinzip übers Land zu verteilen. Trotzdem muss sich das Ruhrgebiet darauf einstellen, dass die Höhe der Mittel zurückgehen wird.

Steffens: Man muss Rahmenbedingungen schaffen, die auch nach den ab 2007 gültigen Richtlinien finanz- und strukturschwachen Kommunen die Möglichkeit einräumen, in bestimmte Förderbereiche mit hereinzukommen. Derzeit steht die Frage im Raum, wie diese Förderbedingungen aufgestellt werden sollen, um die zukünftigen Ziel-2-Mittel allen erschließbar zu machen. Wir haben bei allen EU-Förderprogrammen das Problem der kommunalen Kofinanzierung. Das wiederum stellt ein besonderes Problem für das Ruhrgebiet dar, da viele Städte und Gemeinden unter Haushaltssicherung stehen. Hier darf es keine Regelung geben, die Haushaltssicherungs-Kommunen bei Fördermaßnahmen außen vor lässt, weil diese kein Geld für die Kofinanzierung haben. Wenn man diesen Gemeinden den Geldhahn zudreht, würde das bedeuten, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Witzel: Selbstverständlich kann und muss die Ruhrregion einen nachhaltigen Beitrag zu ihrer eigenen strukturpolitischen Modernisierung leisten. Bei der Verteilung von Fördermitteln sind in der Vergangenheit viele Fehler gemacht worden. Beispiel HDO: Hier sind Millionensummen versenkt worden. Zudem leidet das Ruhrgebiet bis heute unter standortpolitischen Fehlentscheidungen jahrzehntelanger Monostrukturen. So haben wir die niedrigste Selbständigenquote in ganz NRW. Hier muss die Region neue Prioritäten setzen. Zum zweiten Teil der Frage: Unterstützungshilfen für Regionen in Phasen struktureller Anpassung halte ich für richtig und notwendig. Selbstverständlich muss sich auch das Ruhrgebiet der Konkurrenz bei der Mittelverteilung stellen. Interessanter ist jedoch eine andere Frage: Wie ist es zu rechtfertigen, dass wir die Haushalte von Ruhrgebietskommunen durch Solidaritätszahlungen in die neuen Bundesländer immer weiter verschul-

den, obwohl die wirtschaftlichen Indikatoren dort zum Teil besser sind als in manchen Bereichen des Ruhrgebiets? Da müssen wir einen neuen Verteilungsschlüssel zugrunde legen.

Was ist dran an der Befürchtung, das Ruhrgebiet sei im Begriff, zum Armenhaus und Altersheim der Nation zu verkommen?

Kuhmichel: Ich weiß um die Vorurteile, halte sie aber für hoffnungslos übertrieben. Das Ruhrgebiet ist keine sterbende Region, sondern eine Region, die sich im Wandel befindet. Das Ruhrgebiet hat in den letzten Jahren unheimlich an Attraktivität gewonnen. Ich lebe lange genug im Ruhrgebiet um zu wissen, wie es früher hier einmal ausgesehen hat. Auf der anderen Seite weiß ich natürlich um die Probleme im Revier. Es hat in der Vergangenheit viele Planungsünden gegeben. Diese gilt es nun gezielt anzugehen. Dafür müssen wir Investoren suchen. Die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe ist ein Schritt in die richtige Richtung, um eine soziale Durchmischung in bestimmten Problemgebieten zu erhalten. Darüber hinaus müssen wir die Kinder-, Schul- und Jugendbildung weiter ausbauen, um auch für junge Eltern Anreize zu schaffen, sich im Ruhrgebiet niederzulassen beziehungsweise zu bleiben.

Töns: Das sehe ich nicht so. Es gibt längst Städte im Ruhrgebiet, die den demographischen Wandel als Herausforderung und Chance begreifen. Städte können sich auch einer veränderten gesellschaftlichen Entwicklung anpassen und neue Wege gehen. Hierzu zählen beispielsweise Wohnkonzepte, wo Alt und Jung sowie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenleben und einander helfen. Wenn wir diese Ideen weiter verfolgen, dann läuft das Ruhrgebiet nicht Gefahr, sich zum Armenhaus zu entwickeln. Fakt ist, das Ruhrgebiet wird älter und bunter. In puncto gelebte Integration ist das Ruhrgebiet vielen anderen Städten und Regionen weit voraus. Zudem hat die hohe Lebensqualität im Ruhrgebiet dazu geführt, dass sich der Trend der Abwanderung ins Umland mittlerweile ins Gegenteil verkehrt hat.

Steffens: Das Ruhrgebiet hat im Vergleich zu den übrigen Regionen in NRW den höchsten Altersdurchschnitt. Demnach ist das Ruhrgebiet eine Art Modellregion, wenn es darum geht, die Probleme der demo-

graphischen Entwicklung zu bewältigen. Als solche sollte sie auch vom Land angesehen und unterstützt werden. Eine zusätzliche Herausforderung ist die Tatsache, dass das Ruhrgebiet mit einem hohen Migrationsanteil alt wird. Einige Ruhrgebietsstädte haben bereits hervorragende Modelle und Projekte entwickelt, um dieser Entwicklung städtebaulich, sozial- und integrationspolitisch zu begegnen. Es kann und darf nicht sein, dass wir unsere Mitmenschen ab einem gewissen Alter in Altenheimen abschieben. Wir müssen vielmehr Voraussetzungen für ein gutes und menschenwürdiges Zusammenleben schaffen, unabhängig von Alter, Nationalität und sozialer Herkunft. Das Revier geht hier mit gutem Beispiel voran.

Witzel: Die Bevölkerungsprognosen zeigen, dass es in NRW eine regional unausgewogene Entwicklung gibt. Bezogen auf das Ruhrgebiet sehe ich die Gefahr, dass wir hier im negativen Sinne abgekoppelt werden. Wir haben aber Gestaltungsmöglichkeiten, um dieser Entwicklung vor Ort aktiv entgegenzuwirken. Wir brauchen mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit, damit junge



Ralf Witzel (FDP)

Familien die Ruhrregion nicht verlassen. Das Revier könnte zudem mehr attraktives Bauland als Zuzugsort ausweisen. Ansonsten gehören ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem und ein gut ausgebautes Netz von Betreuungsangeboten zu den wichtigsten Voraussetzungen, um eine Region für junge Menschen attraktiv zu gestalten. Hier ist die Koalition mit dem neuen Schulgesetz, der Einrichtung von Familienzentren und der Ausweitung der Sprachförderung sowie der Betreuungsplätze für unter Dreijährige auf einem guten Weg.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer

Barbara Steffens (GRÜNE)